

**Ergebnisprotokoll  
der 12. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,  
Energie und Landwirtschaft vom 08.09.2016**

Beginn: 15.45 Uhr  
Ende: 17.35 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

- |   |   |
|---|---|
| <b>1. vom Senat</b>                       | Herr Senator Dr. Lohse<br>Frau Staatsrätin Friderich          |
| <b>2. von der Bürgerschaft</b>            |   |
| <b>SPD-Fraktion</b>                       | Herr Crueger<br>Herr Senkal<br>Frau Sprehe<br>Herr Pohlmann   |
| <b>CDU-Fraktion</b>                       | Herr Imhoff in Vertretung für Frau<br>Neumeyer<br>Herr Scharf |
| <b>Fraktion<br/>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b> | Herr Saxe<br>Herr Bücking                                     |
| <b>Die Linke</b>                          | Frau Bernhard   |
| <b>FDP-Fraktion</b>                       | Herr Buchholz   |

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünnemann Frau Zimmermann Frau Windeler Frau Prof. Dr. Reuther Herr Viering Frau Kamp Herr Polzin Herr Dr. Lampe Herr Eickhoff Frau Beetz Frau Honemann Frau Elfers Herr Borgelt Herr Krämer Herr Leferink Herr Wessel	Der Senator für Umwelt, Bau und Ver- kehr
--	--

**III Gäste**

**IV Gastdeputierte**

Frau Schiemann  
Herr Schwarz  
Frau Dr. Schaefer  
Herr Saffe  
Herr Janßen

SPD-Fraktion  
CDU-Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen  
Bündnis 90/Die Grünen  
DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 12. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**TOP 16** „Einzelhandel in der Überseestadt in Ergänzung zum Kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzept Bremen“ wird analog zur gestrigen Wirtschaftsdeputation **vertagt**.

Es gibt einen **Nachtrag TOP 17 f** „Radwegenetz instand halten und ein Fahrradmodellquartier für Bremen einrichten“.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: -Protokoll 19/11 der Sitzung am 11.08.2016 -Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 11.08.2016)	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 11.08.2016 zu.*

*Einstimmig*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe auch Protokoll der 12. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 08.08.2016.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*Einstimmig*

TOP 4	<b>Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft für Dezember 2016 und das Jahr 2017</b> -02-	Vorlage 19/174	L/S
-------	--	-------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 12. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 08.08.2016.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt den aufgeführten Terminvorschlägen für 2017 zu.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu prüfen, ob es Alternativen zum Termin am 18. Mai 2017 gibt.

Einstimmig

<b>TOP 5</b>	<b>Wahl eines Mitglied für den Sondervermögensausschuss Infrastruktur</b> - 02 -	<b>-mündlich-</b>
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) wählt Frau Claudia Bernhard anstelle von Herrn Klaus-Rainer Rupp zum Mitglied des städtischen Sondervermögensausschuss Infrastruktur.

Einstimmig

<b>TOP 6</b>	<b>Flächennutzungsplan Bremen</b> <b>4. Änderung</b> <b>Bremen-Neustadt (Hanna-Kunath-Straße)</b> -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung -64-/-FB 01-	Vorlage 19/155
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den im Planentwurf zur 4. Flächennutzungsplanänderung bezeichneten Bereich die Darstellungen des Flächennutzungsplanes Bremen geändert werden sollen (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Planes zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 18.07.2016) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Planes zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 18.07.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszuliegen ist.

Einstimmig

<b>TOP 7</b>	<b>Bebauungsplan 2481</b> <b>für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Hanna-Kunath-Straße und Henrich-Focke-Straße</b> -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung -64-/-FB 01-	Vorlage 19/156
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2481 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Hanna-Kunath-Straße und Henrich-Focke-Straße (Bearbeitungsstand 18.07.2016) aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2481 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Hanna-Kunath-Straße und Henrich-Focke-Straße (Bearbeitungsstand 18.07.2016) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2481 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Hanna-Kunath-Straße und Henrich-Focke-Straße (Bearbeitungsstand 18.07.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Zustimmung  
gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE

<b>TOP 8</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 98 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von sieben Wohngebäuden mit einer Kindertagesstätte in Bremen-Osterholz, südlich der Otto-Brenner-Allee zwischen Binger Weg und Pfälzer Weg</b> -Absehen von erneuter Auslegung, -Bericht der Deputation -FB 01-	Vorlage 19/164
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 98 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von sieben Wohngebäuden mit einer Kindertagesstätte in Bremen-Osterholz, südlich der Otto-Brenner-Allee zwischen Binger Weg und Pfälzer Weg (Bearbeitungsstand: 26.07.2016) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 98 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von sieben Wohngebäuden mit einer Kindertagesstätte in Bremen-Osterholz, südlich der Otto-Brenner-Allee zwischen Binger Weg und Pfälzer Weg (Bearbeitungsstand: 26.07.2016).

Einstimmig

TOP 9	<b>Bebauungsplan 2466 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland im Kreuzungsbereich Apfelallee, Rockwinkeler Heerstraße und Oberneulander Heerstraße -FB 01-</b>	Vorlage 19/165
-------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2466 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland im Kreuzungsbereich Apfelallee, Oberneulander Heerstraße und Rockwinkeler Heerstraße (Bearbeitungsstand: 30.08.2016) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2466 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland im Kreuzungsbereich Apfelallee, Oberneulander Heerstraße und Rockwinkeler Heerstraße (Bearbeitungsstand: 30.08.2016) einschließlich Begründung gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 1 BauGB öffentlich auszulegen ist (zweite öffentliche Auslegung).
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass bei der erneuten Auslegung gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 2 BauGB Anregungen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen vorgebracht werden können.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass die Dauer der Auslegung gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 3 BauGB auf zwei Wochen verkürzt wird.

Einstimmig

TOP 10	<b>Bebauungsplan 2452 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt/Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Fellendsweg, Habenhauser Deich und Friedhof Huckelriede -Öffentliche Auslegung -64-/-FB 01-</b>	Vorlage 19/166
--------	--	-------------------

**Frau Prof. Dr. Reuther** präsentiert und erläutert die geplante Bebauung und Grünplanung.

**Herr Bücking** stellt fest, dass man dieses Projekt gut vorzeigen und selbstbewusst vertreten könne. Der Beirat hatte beklagt, dass die Dichte zu groß sei. Er halte jedoch das jetzt gefundene Maß und die Verteilung der Baumassen für überzeugend. Hier werde ein Quartier entwickelt, das sehr überzeugend mit den Freiflächen und den Angeboten für Geschosswohnungsbau und Einfamilienhäuser zurechtkomme, in der Nachbarschaft zum Werdersee, in der Nachbarschaft zum Friedhof und der Siedlung und gegenüber von dem Gewerberefugium.

**Frau Bernhard** hält das Projekt für gut und überzeugend, auch die Kombination mit Kita und Schule. Die Beiräte würden anlässlich der öffentlichen Auslegung erneut beteiligt. Nach ihrer Kenntnis lehne der Beirat das Vorhaben immer noch ab. Daher werde sie sich zu der Vorlage enthalten.

**Herr Imhoff** möchte wissen, weshalb der Westpark direkt am Huckelrieder Friedhof angesiedelt werde und nicht auf der anderen Seite des Gebiets.

**Herr Pohlmann** verweist auf den alten Baumbestand an der Habenhauser Landstraße. Mit diesem sei sehr sorgsam umzugehen und so wenig wie möglich in den Bestand einzugreifen.

**Frau Prof. Dr. Reuther** erklärt, dass die Lage des Westpark auch mit dem Beteiligungsprozess der benachbarten Anrainer am Fellendsweg zu tun habe. Man habe sich sehr intensiv mit diesen Anrainern verständigt, wie dieses Gebiet eingebunden werden könne. Der Wunsch war, dass an dieser Stelle keine öffentliche Wegführung sein sollte, sondern Garten an Garten grenzen sollte. Es war zudem ein Grünraum mit mehreren Funktionen zu planen, einerseits Frischluftschneise, womit eine Größenordnung vorgegeben sei und gleichzeitig auch öffentlicher Grünraum. Der Friedhof Huckelriede sei kein für Familien und Kinder geeigneter Freiraum zum Spielen. Deswegen wurde aus mehreren Vorschlägen das nun vorgelegte Konzept mit dem Westpark ausgewählt.

Über die Bäume an der Habenhauser Landstraße wurde sehr intensiv nachgedacht. Es sollte für eine funktionierende verkehrliche Anbindung eine optimale Stelle und auch eine Dimensionierung gefunden werden, durch die am wenigsten Bäume in Anspruch genommen werden.

**Frau Dr. Schaefer** hält einen Grünstreifen gerade angrenzend an einen großen, alten Baumbestand für sinnvoll, um keine Verschattung der neuen Häuser zu haben. Die vorgesehene Dachbegrünung sei sehr begrüßenswert. Sie fragt, ob eine Fassadenbegrünung oder vertikale Gärten ebenfalls vorgesehen seien. Es seien hier auch Pilotprojekte vorstellbar.

**Herr Viering** verweist auf die textlichen Festsetzungen, worin eine Dachbegrünung vorgeschrieben werde. Für technische Einrichtungen, wie z.B. Fotovoltaik oder auch für eine Dachterrasse gebe es die Möglichkeit, den Anteil der zu begrünenden Dachfläche bis zur Hälfte zu reduzieren. Eine Fassadenbegrünung werde nicht vorgeschrieben, sei aber erlaubt. Das verkehrliche Konzept gehe davon aus, dass eine Vollenbindung nur an einer Stelle erfolge und damit dort auch links abgebogen werden könne, würden entsprechend mehr Bäume wegfallen müssen. Dafür würden aber an anderer Stelle im Straßenbereich neue Bäume angepflanzt. Die zweite Anbindung sei derzeit nur in der Funktion „rechts rein, rechts raus“ vorgesehen. Die vorhandenen Flächen würden aber notfalls eine zweite Vollenbindung zulassen.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 2452 vom 30. September 2013 auf den auszulegenden Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfes 2452 (Bearbeitungsstand: 08.08.2016) angepasst wird.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2452 für ein Gebiet in Bremen - Neustadt / Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Fellendsweg, Habenhauser Deich und Friedhof Huckelriede (Bearbeitungsstand: 08.08.2016) einschließlich Begründung zu.*
- 3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2452 für ein Gebiet in Bremen - Neustadt / Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Fellendsweg, Habenhauser Deich und Friedhof Huckelriede (Bearbeitungsstand:08.08.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 i. V. mit § 4a Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

*Zustimmung  
bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE*

TOP 11	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 122 für die Erweiterung eines Hotels an der Martinistraße zwischen der Bredenstraße und der Böttcherstraße in Bremen-Mitte</b> -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/167
--------	--	-------------------

**Frau Prof. Dr. Reuther** erläutert die Planung anhand einer Präsentation.

**Frau Bernhard** möchte wissen, ob es sicher sei, dass das historische Gebäude perspektivisch verschwinde.

**Frau Prof. Dr. Reuther** antwortet, dass genau dies nicht sicher sei und deswegen die Planung unter Berücksichtigung des Gebäudes erfolge.

**Herr Viering** ergänzt, dass mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan die „kleinere Lösung“ geplant werde. Für deren Umsetzung gebe es auch eine Vereinbarung. Die „große Lösung“ würde grundsätzlich ermöglicht, für den Fall, dass die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt werden. Diese Planung sei aber nicht verpflichtend, sondern optional.

**Herr Bücking** findet die Gestaltung mit Arkaden an dieser Stelle nicht überzeugend. Arkaden seien Teil des Gestaltungskonzepts der Böttcherstraße. Bereits das nach Osten hin anschließende Gebäude reagiere darauf mit einer Arkade. Dort seien dunkle, nicht einladende Verhältnisse. Die Freiflächen jenseits der Arkade seien sehr, sehr schmal und als Fußgänger müsse man unter diese Arkade treten. Insgesamt schwäche das die Nebenanlagen in der Martinistraße.

**Frau Bernhard** stellt grundsätzlich in Frage, ob noch mehr Hotelzimmer in dieser Ausführlichkeit gebraucht würden. In der Vorlage werde ausgeführt, dass bestimmte Verschattungen eintreten. Für die danebenliegenden Wohnungen sei das sehr stark einschränkend.

**Frau Prof. Dr. Reuther** erklärt, dass es bei den Arkaden um die städtebauliche Kontur gehe. Im Erdgeschoss, neben den Arkaden, seien der Frühstücksraum bzw. die Cafeteria des Hotels geplant. Das sei eine für diese Situation verträgliche Nutzung.

**Herr Viering** erläutert, dass die Verschattung Wohnungen betreffe, die in einem rückwärtigen Anbau des Ostpreußenhauses lägen. Das bestehende Atlantic Hotel und der Neubau sollen einen Verbindungsbau bekommen, der relativ dicht an diesem rückwärtigen Anbau liege. Damit dort keine Totalverschattung eintrete, dürfe der Zwischenbau, solange diese Wohnungen vorhanden seien, nur eine bestimmte Höhe erreichen. Es sei denn, diese Wohnungen bekommen von der anderen Seite ausreichend Licht. Über eine Verbesserung dieser Belichtungssituation seien der Investor und die Eigentümer dieser Wohnungen im Gespräch.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 122 für die Erweiterung eines Hotels an der Martinistraße zwischen der Bredenstraße und der Böttcherstraße in Bremen-Mitte aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 122 für die Erweiterung eines Hotels an der Martinistraße zwischen der Bredenstraße und der Böttcherstraße in Bremen-Mitte (Bearbeitungsstand: 17.08.2016) einschließlich Begründung zu.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 122 für die Erweiterung*



eines Hotels an der Martinstraße zwischen der Bredenstraße und der Böttcherstraße in Bremen-Mitte (Bearbeitungsstand: 17.08.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Zustimmung  
bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 12	<b>Bebauungsplan 2468 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Holsteiner Straße, Eutiner Straße und Autobahnzubringer Überseestadt</b> -Bericht der Deputation -61-/-FB 01-	Vorlage 19/169
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahme und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplans 2468 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Holsteiner Straße, Eutiner Straße und Autobahnzubringer Überseestadt (Bearbeitungsstand: 14.12.2015).

Einstimmig

TOP 13	<b>Bebauungsplan 2490 (Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 32) für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Reiherstraße und der Eisenbahnstrecke Bremen–Bremerhaven</b> -Planaufstellungsbeschluss, -Absehen von frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit -Öffentliche Auslegung -62-/-FB 01-	Vorlage 19/170
--------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2490 (Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 32) für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Reiherstraße und der Eisenbahnstrecke Bremen–Bremerhaven (Bearbeitungsstand: 26.07.2016) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen wird.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2490 (Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 32) für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Reiherstraße und der Eisenbahnstrecke Bremen–Bremerhaven (Bearbeitungsstand: 26.07.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

<b>TOP 14</b>	<b>Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 06. Monat 2016</b> -1-	Vorlage 19/151	L/S
---------------	--	-------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 12. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 08.08.2016.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt Kenntnis.*

<b>TOP 15</b>	<b>Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung</b> -35-/02-	Vorlage 19/176	
---------------	--	-------------------	--

**Herr Senator Dr. Lohse** erläutert, dass die erneute Vorlage einer Aufforderung des HaFA geschuldet sei, eine konkrete Beschlussempfehlung vorzulegen.

**Frau Honemann** erinnert an die Anhörung in der Gesundheitsdeputation, wo über die Frage diskutiert wurde, was artgerechte Tierhaltung sei. Nun liege ein neuer Beschlussvorschlag vor, der klar definiere, dass tierisch erzeugte Lebensmittel mindestens den Standard der EU- Öko-Verordnung einzuhalten hätten. Aus Sicht des Landwirtschaftsbereiches sei dies sehr positiv, weil man auch die Zielsetzung habe, Ökolandbau im Land Bremen zu fördern und zu stärken.

**Herr Saffe** begrüßt die nun gefundene Einigung. Bremen leiste damit einen Beitrag, auch wenn es in Bremen keine Massentierhaltung gebe, so könne man über die Beschaffung viel tun. Die Kommunen hätten eine Verantwortung und die Möglichkeiten über diesen Hebel etwas zu machen. In der nächsten Bürgerschaft stehe nun das Thema Kennzeichnung von Fleisch an.

**Herr Crueger** stellt fest, dass es gut war, den Antrag den Fachdeputationen zuzuweisen. Man sei auf gutem Weg.

**Herr Imhoff** ist der Meinung, dass die ursprüngliche Intention des Antrags völlig fehlinterpretiert wurde. Der Antrag sei zu einem BioStadt- Antrag umgestaltet worden. Seine Fraktion werde daher auch diesmal nicht zustimmen können.

**Frau Bernhard** hält es einerseits für positiv, dass der Verweis auf die EU- Verordnung aufgenommen werde. Aber es gehe nun um längere Fristen einmal bis 2022, dann bis 2024, und dies werde im Bericht nicht begründet. Die Umsetzung solle „aufwandsneutral“ erfolgen, es sei fraglich, wie das gehen solle, ohne dass es etwas koste. Die Formulierung sei nun „umgestellt werden kann“, das bedeute nicht, dass auch umgestellt werde. Auch seien nur die Eigenbetriebe aufgenommen und nicht die Betreiberverträge. Ziffer 4 sei ebenfalls sehr unverbindlich formuliert, es fehle zudem eine Definition. Ihre Fraktion werde daher die Vorlage ablehnen.

**Herr Saffe** stellt fest, dass man immer noch mehr wollen könne. Einigen sei das zu wenig, andere sagen, das gehe viel zu weit. Man müsse einfach mal anfangen. Es sei möglich, aufwandsneutral umzustellen, wenn der Fleischanteil deutlich reduziert werde. Der EU- Bio Standard bedeute z.B. statt 40.000 Hühner Bestandsobergrenze, nur 4.800. Und statt 24 Tiere pro Quadratmeter in der Endmast nur maximal 10. Statt einem Stall ohne Fenster und Auslauf bedeute es für die Tiere Auslauf auf 4 m<sup>2</sup> pro Tier und kein gentechnisch verändertes Futter. Dies sei ein großer Schritt. Diesen Bürgerantrag hätte es auch ohne BioStadt gegeben. Die BioStadt und der Bürgerantrag passen jedoch sehr gut zusammen.

**Herr Buchholz** bemängelt, dass die Vorlage so spät zugestellt worden sei, dass er keine Gelegenheit für eine fraktionsinterne Abstimmung hatte. Er werde sich daher enthalten.

**Herr Dr. Sünemann** führt aus, dass die vorliegende Doppelkopfvorlage noch in der Gesundheitsdeputation beraten werde. Es solle empfohlen werden, den Bürgerantrag abzulehnen und dafür den Antrag der beiden Regierungsfractionen über den HaFA in der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht (Anlage 1) inklusive der Beschlussempfehlung und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Zustimmung  
bei Ablehnung durch die Fraktionen der CDU und DIE LINKE  
und Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 16	<b>Einzelhandel in der Überseestadt in Ergänzung zum Kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzept Bremen</b> -71-/-62-/-SWAH-	Vorlage 19/172
--------	---	-------------------

-vertagt-

TOP 17	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
TOP 17a)	<b>Finanzierung der Einrichtung und Pflege von Hundeauslauf- flächen</b> - 6-1, 3 -	BdV schriftlich

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17b)	<b>Boden- und Grundwasserkontaminationen auf dem Gelände des Tanklagers in Bremen-Farge</b> -2-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Frau Sprehe** führt aus, dass es bei der BIMA eine Verlagerung der Zuständigkeiten gegeben habe und die Untersuchungsergebnisse nicht so schnell wie in den Vorjahren vorgestellt wurden. Sie möchte wissen, welche In-Situ-Verfahren am Verladebahnhof II außerhalb des Kernbereiches geprüft werden und wie der Kernbereich definiert werde. Die Bundeswehr beabsichtige, im Bereich der Abstromfahne einen Feldversuch durchzuführen. Können die Pläne dazu veröffentlicht werden, wenn die Planungen soweit sind?

**Herr Schwarz** fragt nach möglichen Auswirkungen einer Bombensprengung auf die Schadstofffahne. Er bittet hierzu um bilaterale Information.

Die künftige jährliche Berichterstattung des Ressorts sollte so erfolgen, dass die aktuellen Prüfberichte der BIMA, die jeweils bis spätestens 31.03. vorliegen sollten, in den Bericht einfließen können, also im Mai oder Juni eines Jahres.

**Frau Dr. Schaefer** ergänzt um die Frage einer generellen Untersuchung der Fläche auf Kampfmittel. Aus der letzten Anwohnerversammlung habe sie die Frage mitgenommen, ob das, was jetzt getan werde, ausreiche, um den Stoffstrom zu unterbinden.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass die Schadstoffe an der Fahnenwurzel gefördert werden und dadurch die Schadstoffe dort festgehalten würden.

**Herr Wessel** berichtet, dass der Kernbereich die Liegenschaft selbst sei, vom Verladebahnhof bis zur Grundstücksgrenze. Was dahinter liege, sei Schadstofffahne. Die In-Situ-Maßnahmen seien in Planung, sobald darüber Unterlagen vorliegen, werde er gerne darüber informieren. Außerhalb der Liegenschaft, wo genau müsse sich noch ergeben, solle ein Feldversuch gemacht werden. Dieser finde im Untergrund statt, so dass keine Auswirkungen zu erwarten seien. Zu der Bombensprengung sei nichts bekannt, dazu werde er Erkundigungen einholen und

die Deputierten informieren. Auf dem Gelände laufe eine generelle Kampfmittelsuche der Bundeswehr.

Beschluss:

*Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 17c)</b>	<b>Stadtsauberkeit in Gröpelingen</b> -2-/-3-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

**Herr Pohlmann** führt aus, dass es in diesem Bereich große Anforderungen gebe und auch Kritik von der Bevölkerung. Es gehe um die Menschen, die diesen Dreck verursachen, aber auch, darum, wie die Stadt und die einzelnen Unternehmen und Einrichtungen sich organisieren, um diesem entgegenzuwirken. Es gehe um das Bewusstsein der Bevölkerung und um Eigeninitiative, um gesellschaftliches Engagement. Hier sei viel aufzuarbeiten. Zu klären sei, welche Pflegestufen für die einzelnen Bereiche festgelegt seien und welche Leistungsvereinbarungen bestünden. Mit der Stadtsauberkeit in Gröpelingen werde ein gesamtbremsches Problem angesprochen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 17d)</b>	<b>Aktivitäten Biostadt inklusive Ergänzungsbericht Kosten des Projektes Biostadt</b> -35-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Saffe** begrüßt, dass die BioStadt vorankomme. Bei den Akteuren sei angekommen, dass man die BioStadt ernst meine und auch wolle. Gut sei auch, dass gemeinsam mit der Metropolregion daran gearbeitet werde, denn Bremen sei auf viele Lebensmittel von außen angewiesen. Er möchte wissen, inwiefern das Projekt, die Förderung von Bio für alle, mit der Initiative auf dem Lucie-Flechtmann-Platz kooperiere. Weiter fragt er nach der Förderung für umstellungswillige Landwirte.

**Frau Honemann** berichtet, dass die umstellungswilligen Landwirte über die Umstiegshilfe für den Einstieg in den Öko- Landbau gefördert werden. Das sogenannte PFEIL- Programm laufe gemeinsam mit Niedersachsen im Rahmen der europäischen Agrarförderung, der ELER- Förderung. Die Betriebe erhalten als Umstellungshilfe in den ersten zwei Jahren jetzt 403 € pro Hektar. Nach diesen zwei Jahren folge die Beibehaltungsprämie in Höhe von 364 € pro Hektar. Der Anteil an ökologischer Landwirtschaft habe sich in Bremen in den letzten Jahren auf inzwischen 15 % der Fläche deutlich erhöht. Das sei ein sehr hoher Anteil im Verhältnis zu anderen Bundesländern.

**Frau Elfers** ergänzt, dass der Lucie- Flechtmann- Platz eines der Urban Gardening Projekte neben der Gemüsewerft und dem internationalen Garten in Walle sei. Für alle diese Projekte würden Fördermöglichkeiten gesucht und auch gefunden. Mit der Initiative zum Lucie-Flechtmann-Platz würden Gespräche geführt. Man sei auf gutem Weg, um weitere Fördertöpfe gerade für solche Urban Gardening Projekte bei Bundesministerien abrufen zu können, zum Beispiel über das Förderprogramm „Kurze Wege für den Klimaschutz“.

Zum Projekt BioStadt, gab es Anfang 2015 eine Auftaktveranstaltung mit 120 Akteuren aus Bremen und Niedersachsen, denn dieses Projekt ende nicht an den Stadtgrenzen. Dort wurden die Ziele definiert: mehr Bio an Kitas und Schulen, mehr Bio für Tourismus und Gastronomie, Bio besser vermarkten, gezielter Einsatz von Kampagnen aber auch auf den Großveranstaltungen mehr Bio, Bio für alle erlebbar machen. Letzteres im Rahmen von Bildungsprojekten z.B. mit der Volkshochschule oder den Urban Gardening Projekten. Es laufe auch ein Projekt,

bei dem die Erzeuger und die Verantwortlichen für die Gemeinschaftsverpflegung zusammenbracht werden. Ein Schlachthof in Bremen Nord habe sich Bio zertifizieren lassen und könne nun die Tiere von den Bio Landwirten im Blockland schlachten, so dass die Bio- Kette weiter gehe. In Hagen habe man einen Weiterverarbeiter gefunden, der dieses Fleisch aus Bremen weiterverarbeiten könne. Die Hauptaufgabe des Projektes BioStadt sei es, die Akteure zusammen zu bringen.

**Herr Imhoff** will wissen, weshalb die umstellungswilligen Betriebe auch auf längerfristige Sicht exorbitant höher subventioniert würden, als die normalen.

**Frau Honemann** erklärt, dass sich Bremen politisch entschieden und mit dem Programm PFEIL festgelegt habe, dass der Ökolandbau in Bremen gefördert werden solle.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 17e)</b>	<b>Ausstreuen von Totenasche auf öffentlichen Flächen</b> -30-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** fasst zusammen, dass ein Ausstreuen von Asche grundsätzlich auch auf öffentlichen Grundstücken möglich sei. Es werde der Einzelfall geprüft und es gelten die gleichen Kriterien, wie bei den Privatgrundstücken auch. Der Bericht diene auch dazu, die Bürgerinnen und Bürger über diese Möglichkeit aufzuklären. Auch diejenigen, die nicht über einen Garten verfügen, sollten die Möglichkeit für einen individuellen Bestattungsort haben.

**Herr Imhoff** möchte wissen, wie sichergestellt werde, dass die Asche nach der Aushändigung durch das Krematorium zeitnah ausgestreut werde und ob Beschwerden eingegangen seien.

**Herr Dr. Lampe** antwortet, dass der UBB sicherstelle, dass die erforderlichen Bescheinigungen eingereicht werden. Eine Überprüfung vor Ort erfolge nicht. Bisher habe es keine Beschwerden gegeben.

**Herr Senator Dr. Lohse** ergänzt, dass die Personen, die die Urne entgegennehmen, gegenüber dem UBB eine eidesstattliche Erklärung abgeben müssen, dass sie das Verstreuen auch den Bedingungen entsprechend ausführen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>NACH-TRAG TOP 17f)</b>	<b>Radwegenetz instand halten und ein Fahrradmodellquartier für Bremen einrichten</b> - 5 -	Vorlage 19/177
---------------------------	--	-------------------

Beschluss:

- 1. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht zur Kenntnis.*
- 2. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft unterstützt den Antrag beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) zur Einführung eines Fahrradmodellquartier in der Alten Neustadt.*

*Zustimmung  
gegen die Stimme der Fraktion der FDP*

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um einen Sachstandsbericht zur Umsetzung dieses Antrags sowie um einen Bericht zu den Finanzierungsmöglichkeiten von Fahrradmodellquartieren.

Zustimmung  
bei Enthaltung der Fraktion der FDP

<b>TOP 18</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>TOP 18a</b>	<b>Sachstandsbericht zum Brand an der Blocklanddeponie</b>	

**Frau Kamp** berichtet, dass es auf einer Fläche neben der Blocklanddeponie, an der RAB Anlage der Firma Nehlsen gebrannt habe. Dort werde auch Sperrmüll und Altholz gesammelt. Es habe ein Holzhaufen im Gesamtumfang von 600.000 Tonnen gebrannt. Als Ursache werde ein Blitzeinschlag oder auch ein selbstentzündlicher Prozess vermutet, was immer wieder bei Altholzsammelstellen vorkomme. Deswegen sei auch ein hoher Sicherheitsstandard vorgeschrieben. Der Brand sei am Sonntagabend ausgebrochen und galt am Montag weitestgehend als gelöscht; seit Dienstag abschließend als gelöscht. Während des Brandes hätten Polizei und Feuerwehr kontinuierliche Luftmessungen vorgenommen. Diese Messungen waren im Ergebnis die ganze Zeit über unproblematisch, es wurde aber vorsorglich eine Information der Bevölkerung ausgegeben. Es gab keine gefährlichen Luftschadstoffe. Das Löschwasser sei gesichert und das Brandgut werde zurzeit analytisch untersucht und einer für die Analyseergebnisse geeigneten Abfallentsorgungsanlage zugeführt und verbrannt.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 18b</b>	<b>Übernahme der Gewoba- Anteile durch die FHB</b>	
----------------	--	--

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass die Bremer Landesbank rund 7% der Gewobaaktien habe, die in zwei unterschiedliche Aktienpakete, einmal rund 3 % und einmal rund 4%, aufgeteilt seien. Es gebe eine sogenannte Schachtelbeteiligung mehrerer Banken, neben der Bremer Landesbank noch drei weitere Banken, die zusammen über eine Sperrminorität von knapp über 25% verfügen. Die Freie Hansestadt Bremen halte knapp unter 75 %, also eine Fast- Dreiviertelmehrheit, aber eben unterhalb der Beherrschungsmehrheit. Es gelten für diese beiden Aktienpakete unterschiedliche Regeln. Das eine Paket solle innerhalb dieses Bankenkonsortiums verbleiben, d. h. es müsse nun geschaut werden, ob eine der anderen Banken bereit sei, dieses Paket zu übernehmen oder ob eine weitere Bank dafür gewonnen werden könne. Für das andere Paket gelte, dass es bei einem Verkauf entsprechend dem prozentualen Verteilschlüssel der vorhandenen übrigen Eigner aufzuteilen sei. D. h., wenn dieses Paket aufgeteilt wird, dann werde dadurch die Sperrminorität aufgehoben. Es seien jetzt Gespräche zu führen, wie man dieses Dilemma auflösen könne.

**Frau Bernhard** fragt, ob man unbedingt diese Sperrminorität erhalten wolle oder durch die Verträge daran gebunden sei.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass dies die bisherige Verabredung war und man müsse eine Lösung dafür finden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 18b</b>	<b>Sachstand Entwicklung Grundstück Weserstraße</b>	
----------------	---	--

**Herr Senator Dr. Lohse** erinnert an das Grundstück an der Weserstraße, wo es vor rund andert-halb Jahren eine Aufregung um das sogenannte Hohe Haus gegeben habe. Die Eigentümerfami-lie habe Interesse daran, dieses Grundstück zu entwickeln und habe dazu Gespräche mit dem Ressort geführt. Es sei verabredet worden, dass es einen einen völlig neuen Anlauf geben solle, wobei nicht an dem Hohen Haus festgehalten werde, sondern neu geschaut werden solle, was man sinnvollerweise auf diesem Grundstück entwickeln könne. Dabei seien verschiedene Rand-bedingungen zu beachten. Natürlich müsse es für die Eigentümerfamilie irgendeine Art vom wirt-schaftlichen Sinn ergeben. Dann seien Hochwasserschutzbedingungen zu beachten, Fragen der Hanglage, der Belichtung auch der Nutzungserwartung zu klären. Es solle ein externes Büro, das sowohl etwas von Architektur verstehe, als auch von Bürgerbeteiligungsprozessen, mit Akteuren aus dem Stadtteil besprechen, wie man sich dem annähern werde, was man in Zukunft dort ma-chen könne. Es solle sowohl ein förmliches Beteiligungsverfahren geben, wenn ein vorhabenbe-zogener Bebauungsplan aufgestellt werde, aber auch ein informelles Beteiligungsverfahren vor Ort.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>3D-Zebrastreifen</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Strohmann</b>	<b>Zu einer der nächsten Sit-zungen</b>
<b>Rettungsgasse auf Autobahnen</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Strohmann</b>	<b>Zu einer der nächsten Sit-zungen</b>
<b>Teerfleck vor der Bremer Lan-desbank</b>	Berichtswunsch von <b>Herrn Bücking</b>	<b>Zu einer der nächsten Sit-zungen</b>

**Herr Pohlmann** schließt die 12. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll